

gerne in ein Gespräch darüber ein. Ansonsten ist meiner Meinung nach alles dazu gesagt, warum es verändert werden muss.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Wir sind damit am Schluss der Beratung. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 15/478** einschließlich des **Änderungsantrags Drucksache 15/533** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziale und Integration** – federführend – sowie an den **Unterausschuss Integration**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag entsprechend überwiesen worden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt

### **3 Die gesetzlich garantierte und bewährte Aufgabenteilung zwischen Bonn und Berlin muss dauerhaft Bestand haben**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/475 – Neudruck

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/536 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Hauser für die CDU-Fraktion das Wort.

(Unruhe)

– Ich bitte auch die hinteren Reihen um etwas mehr Ruhe.

**Benedikt Hauser** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Nachsicht, dass ich etwas außer Atem bin, aber wir sind heute in den Beratungen schneller als erwartet.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr erfreulich!)

Insofern habe ich die weiten Wege dieses Hauses nutzen müssen, um noch rechtzeitig zu meinem eigenen Tagesordnungspunkt sprechen zu können.

Ich bin froh, dass sich auch mit dem Änderungsantrag, der vorgelegt worden ist, eine große Einigkeit in diesem Hause zeigt, für Bonn, für die Region Bonn/Rhein-Sieg und damit auch für das Land Nordrhein-Westfalen an den Grundsätzen des Bonn-Berlin-Gesetzes, an der Aufgabenteilung zwischen Bonn und Berlin und an dem weiteren Fortgang des erfolgreichen Strukturwandels in Bonn, für den das Bonn-Berlin-Gesetz und die Aufgabenteilung ein wichtiger Nucleus sind, festzuhalten.

„Zwischen Berlin und Bonn soll eine faire Arbeitsteilung vereinbart werden, sodass Bonn auch nach dem Umzug des Parlaments nach Berlin Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland bleibt, indem insbesondere die Bereiche in den Ministerien und die Teile der Regierung, die primär verwaltenden Charakter haben, ihren Sitz in Bonn behalten; ...“

Das ist keine Textstelle von mir, sondern Bestandteil des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991.

Hierbei hat die Umsetzung nach folgenden Maßgaben zu erfolgen: Erhalt und Förderung politischer Funktionen der Bundesstadt Bonn in folgenden Politikbereichen: Buchstabe e „Verteidigung“.

Damit – meine Damen und Herren, das steht im Bonn-Berlin-Gesetz – sind wir beim Kernpunkt der aktuellen Diskussion, in der vor dem Hintergrund einer Begutachtung der Strukturen der Bundeswehr und des Bundesverteidigungsministeriums aktuell diskutiert wird, dass dies doch Anlass sein könnte, das Bundesverteidigungsministerium in Gänze von Bonn nach Berlin zu verlegen.

Ich bin froh, dass sich in diesem Hause eine eindeutige Meinungsbildung dahin gehend abzeichnet, dass ein solcher Verstoß gegen das Bonn-Berlin-Gesetz nicht akzeptiert werden würde und dass sich der Landtag von Nordrhein-Westfalen gemeinsam dagegen stellen und die Landesregierung auffordern wird, in den Gremien, wo es geboten ist, entsprechend zu handeln.

Der Umgang mit dem Bonn-Berlin-Gesetz, meine Damen und Herren, ist eben nicht nur eine Frage von Vertragstreue und Gesetzestreue gegenüber einem „Partner Stadt Bonn“ oder der Region Bonn/Rhein-Sieg, sondern er ist auch ein Lackmusktest für unseren föderalen Staatsaufbau, weil die Diskussion darüber geführt werden muss, warum es unbedingt so sein muss, dass sich alles in einer Stadt konzentrieren möge, und weil wir in Deutschland über die Jahrzehnte sehr gute Erfahrungen damit gemacht haben, dass sich viele wichtige Institutionen des Bundes über das Land verteilen – ich erwähne beispielhaft den Bundesgerichtshof, das Bundesverfassungsgericht oder andere öffentliche Institutionen –, und weil auf diese Art und Weise dem föderalen Aufbau unseres Staates auch in der Frage der Ansiedlung von Bundesbehörden und

von wichtigen Funktionen des Bundes Rechnung getragen worden ist.

Es ist, meine Damen und Herren, immer wieder erstaunlich, wie in den Diskussionen, die insbesondere aus Berlin geführt werden, Zahlen über angeblich hohe Kosten dieser Arbeitsteilung in die Welt gesetzt werden. Selbst wenn wir die Schätzung des Steuerzahlerbundes mit 23 Millionen € an jährlichen Kosten dieser Arbeitsteilung durch Dienstreisen und anderes zugrunde lägen, würden wir bei Weitem unter der Verzinsung der Baukosten und der Investitionskosten für neue Bauten und neue ministerielle Strukturen in Berlin liegen, um nur ein Beispiel der vielen Diskussionspunkte zu nennen, die Jahr für Jahr wie ein politisches Monster Loch Ness auftauchen und immer wieder ins Feld geführt werden.

Meine Damen und Herren, der Änderungsantrag, der uns von den Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linke vorliegt, ist einerseits erfreulich, weil er sich in die Richtung bewegt, klar zu machen, dass man hinter Bonn steht. Er ist allerdings insbesondere, was die Fraktion Die Linke angeht, die ja mit großem Interesse an diesem Debattenpunkt hier teilnimmt, ungläubwüdig bis zum Geht-nicht-Mehr. Gerade die Fraktion Die Linke im Bundestag ist die Fraktion, die am lautesten und intensivsten danach schreit, es müsse ein Totalumzug aller Ministerien von Bonn nach Berlin erfolgen. Insofern ist die Aufforderung, die Sie dort formulieren, die insbesondere darauf abzielt, einzelne Regierungsmitglieder oder Mitglieder der Regierungsfractionen in Berlin quasi verantwortlich für eine solche Diskussion zu machen, nicht glaubwürdig und wird von uns auch nicht mitgetragen werden.

Ich fordere Sie auf, der einfachen, der sehr klaren Formulierung, die übrigens in Rückgriff auf gemeinsame Formulierungen aus dem Jahr 2006 gefunden worden ist, zuzustimmen und damit ein eindeutiges Signal für Bonn, für die Region und für das landesweite Interesse Nordrhein-Westfalens an dem Standort Bonn zu geben. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Dr. Papke das Wort.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist heute wahrlich nicht das erste Mal in den zurückliegenden zehn Jahren, dass sich der Landtag Nordrhein-Westfalen mit einem neuerlichen Versuch befassen muss, die bewährte Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn infrage zu stellen.

Ich denke, es ist ein positives Zeichen, dass wir heute die Chance haben – ich setze darauf –, mit

möglichst breiter Mehrheit, möglichst mit Zustimmung aller Fraktionen hier im Landtag Nordrhein-Westfalen ein Signal zu setzen, nicht nur in die Region Bonn/Rhein-Sieg, ins Rheinland hinein, dass wir die Interessen der Region verteidigen werden und dieses Signal gerade auch nach Berlin senden, damit dort bitte niemand meinen mag, 20 Jahre nach der Vollendung der Deutschen Einheit hätte sich gewissermaßen die faire Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin historisch überlebt.

Denn, meine Damen und Herren, nach wie vor sprechen alle Gründe dafür, an dieser bewährten Arbeitsteilung festzuhalten. Deshalb ist der Obersatz im Bonn/Berlin-Gesetz, der entscheidende Obersatz aktueller denn je, der da lautet: Ziel des Gesetzes ist die Sicherstellung einer dauerhaften und fairen Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn.

Leider müssen wir mit Blick auf die angelaufene Diskussion über die Neuorganisation des Bundesverteidigungsministeriums jetzt erleben, dass diese Debatte vonseiten der Befürworter eines Komplettumzugs sofort wieder genutzt wird, um diese Diskussion gewissermaßen durch die Hintertür wieder einzuführen. Deshalb ist es wichtig, dass wir diesem Versuch heute ein klares Signal entgegenzusetzen.

Denn, meine Damen und Herren, es bleibt nun einmal richtig, was die Bundesregierung mehrfach, zuletzt 1996, in Drucksachen festgehalten hat: Die Kosten für einen Komplettumzug würden sich für die Steuerzahler auf etwa 5 Milliarden € belaufen, auf 5 Milliarden €! Demgegenüber sind die trennungsbedingten Mehrkosten für beide Regierungssitze zu vernachlässigen.

Alle Bundesbehörden bleiben aufgefordert, daran zu arbeiten, diese Kosten von Jahr zu Jahr weiter zu reduzieren. Ich bin mir sicher: So mancher Beamten-Shuttle zwischen Bonn und Berlin könnte eingespart werden, wenn sich die Bundesbehörden konsequent aller modernen Informationstechnologien auch bedienen würden, die die Kommunikation zwischen den Häusern, unabhängig vom jeweiligen Standort, heute ganz anders ermöglichen, als das früher der Fall war.

(Beifall von der FDP, von der CDU und von den GRÜNEN)

Darüber hinausgehend möchte ich auf zwei weitere Punkte auch noch kurz hinweisen, zum einen darauf, dass wir nicht akzeptieren können und nicht akzeptieren werden, dass neuerlich versucht wird, etwa 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der dann eventuell betroffenen Bundesbehörden mit ihrem Sitz in Bonn wie auf einem Schachbrett hin und her zu schieben.

Das sind Menschen, die in der Region fest verwurzelt sind, die mit ihren Familien dort ihren Lebensmittelpunkt haben, die ihre Häuschen gebaut ha-

ben; die Kinder gehend dort zur Schule. Die schiebt man nicht einfach hin und her je nach politischer Opportunität, meine Damen und Herren. So geht man mit den Menschen nicht um.

Ich möchte kurz auf einen weiteren Punkt hinweisen: Die Bundesstadt Bonn ist auch ein wichtiges Symbol des erfolgreichen Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich sage, auch 20 Jahre nach dieser Debatte, 19 Jahre nach dem damaligen Beschluss des Bundestages, Teile des Regierungssitzes nach Berlin zu verlagern: Die Bundeshauptstadt Bonn hat der Demokratie auf deutschem Boden gutgetan, meine Damen und Herren, sehr gutgetan; mit ihrer unaufgeregten, sachlichen Atmosphäre, in der es in Bonn gelungen ist, den Wiederaufbau der Demokratie in Deutschland zu entwickeln und maßgeblich voranzutreiben.

Ich würde mir manchmal wünschen, wenn ich mir so den Berliner Politikbetrieb anschau, dass etwas mehr von dieser Gelassenheit und von dieser größeren Nachdenklichkeit auch in Berlin zum Tragen kommen würde. Eines wollen wir jedenfalls nicht: Wir wollen nicht, nachdem wir die vielen negativen Auswirkungen des preußischen Zentralismus in Deutschland längst überwunden haben, dass jetzt unter neuen Rahmenbedingungen so eine Art neuer Berliner Zentralismus durch die Hintertür eingeführt wird.

(Beifall von der FDP, von der CDU und von Michael Aggelidis [LINKE])

Das wäre politisch nicht gut, meine Damen und Herren, im Übrigen nicht nur mit Blick auf die Interessen der Region Bonn/Rhein-Sieg, mit Blick auf die Interessen des gesamten Rheinlandes; hier geht es auch um die demokratische Architektur der Bundesrepublik Deutschland.

Das ist im Übrigen ein Hinweis, den ich auch gerne Landespolitikern aus anderen Bundesländern entgegenhalte, die manchmal, und zwar parteiübergreifend, dazu neigen, in den Chor der Berlin-Befürworter einzustimmen. Das ist ja immer mal wieder eine Schlagzeile wert. Sie weise ich gerne darauf hin, wie wichtig es ist, ...

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss!

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Ich komme zum Schluss, Herr Präsident!

... auch ein vernünftiges, ausgewogenes Gegengewicht zu diesen Berliner Zentralisierungstendenzen zwischen den Ländern zu verabreden. Deshalb braucht Bonn, meine Damen und Herren,

nicht nur die Unterstützung des Landtages Nordrhein-Westfalen, sondern Bonn und die gesamte Region verdienen in dieser Frage auch die Solidarität aller deutschen Bundesländer. In dem Sinne hoffe ich, dass wir zu einer möglichst einvernehmlichen Beschlussfassung kommen, um dieses Signal zu setzen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Minister Guntram Schneider: Sehr gut!)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Hendricks.

**Renate Hendricks (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf den Tribünen! Sehr geehrte liebe Kolleginnen und Kollegen! Diskussionen um das Berlin/Bonn-Gesetz haben, seit wir das Berlin/Bonn-Gesetz auf den Weg gebracht haben, nicht abgerissen.

Es war gute Tradition in diesem Haus, und es war auch gute Tradition aller Landesregierungen, dass sie sich sozusagen einig – gleich welcher Couleur – hinter die Beibehaltung des Berlin/Bonn-Gesetzes und die Erhaltung des Standortes Bonn gestellt haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Insofern ist ein Hinweis von Herrn Hauser, dass es sich um „seinen Tagesordnungspunkt“ handelt, schon ein bisschen problematisch; denn es ist in der Tat das erste Mal, dass die Tradition in diesem Haus durchbrochen wird und es keinen gemeinsamen Antrag gibt. Ich bedauere das sehr, weil das nicht in unserem Interesse ist. Wir wollen, dass wir uns gemeinsam für Bonn einsetzen. Herr Papke, Sie haben es eben gesagt: Es handelt sich um etwa 10.000 Mitarbeiter in den Ministerien. Ich komme an einer anderen Stelle noch einmal auf diesen Punkt zu sprechen.

Wir haben auch noch andere Dinge, die in Bonn in dieser Zeit möglicherweise zur Disposition gestellt werden. Es geht auch um die Frage des internationalen Standortes Bonn. Gerade Ihr zuständiger Minister dreht uns an diesem Punkt möglicherweise einen Haken, denn es steht die Fusion von GTZ, DED und Inwent an, und die Frage ist, wo am Ende der Finanzsitz und wo der Verwaltungssitz ist. Und wenn der nicht in Bonn ist, bedeutet das eine Auslöschung des internationalen Standortes Bonn.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Bärbel Beuermann [LINKE])

Zu einem Zeitpunkt, wo es nicht nur um das Weisegutachten geht, sondern wo es auch darum geht, andere in diesem Haus immer gemeinsam auf den Weg gebrachte Bekenntnisse umzusetzen, greift Ihr

Antrag deutlich zu kurz. Das will ich an dieser Stelle einfach mal sagen.

Das Zweite, was ich hier anmerken will, ist, dass die gefährlichen Diskussionen, die wir zurzeit haben, nicht zuletzt von Ihren Abgeordneten in Berlin geführt werden. Nach meinem Kenntnisstand ist es so, dass sich der verteidigungspolitische Sprecher der FDP und der verteidigungspolitische Sprecher der CDU vehement dafür aussprechen, dass das Berlin/Bonn-Gesetz ausgehöhlt wird. Insofern stellt sich natürlich schon die Frage, welchen Einfluss Sie mit diesem Antrag nun tatsächlich nehmen wollen.

Ich finde es ja gut, dass Sie sich gegen Berlin stemmen. Aber ich finde, Sie sollten auch alle anderen Möglichkeiten, die Sie haben, nutzen. Und die sind eben nicht nur in diesem Hause.

Dabei halte ich fest: Die beste Möglichkeit wäre gewesen, wir wären von vornherein gemeinsam und nicht mit verschiedenen Anträgen aufgetreten. Die zweitbeste Möglichkeit ist, uns demnächst gemeinsam in Berlin dafür einzusetzen, dass das Berlin/Bonn-Gesetz nicht ausgehöhlt wird.

(Beifall von der SPD)

An dieser Stelle bleibt aber auch noch der Hinweis darauf, Herr Papke, dass es bei der Frage der Fusion von GTZ, Inwent und DED um Ihren Minister geht,

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Der kämpft für Bonn!)

der gerade dabei ist, möglicherweise eine völlig andere Perspektive aufzuzeigen als die, die wir gerne hätten: dass wir mit der Fusion am Ende den internationalen Standort Bonn weiter ausbauen, den UN-Standort sichern können, womit klar ist, dass es nicht nur um die Arbeitsplätze in den Ministerien geht, die über den Rutschbahneffekt tatsächlich ins Rutschen kommen können, sondern dass es auch um die Arbeitsplätze bei den Entwicklungsorganisationen und um die Arbeitsplätze – daran erinnere ich auch – bei der BaFin geht. Denn auch die BaFin ist ja immer noch nicht zu Ende entschieden.

Das heißt, wir müssen uns in Berlin eigentlich gemeinsam dafür einsetzen, dass in Nordrhein-Westfalen nicht am Ende 12.000 Arbeitsplätze verschwinden. Denn Bonn ist ein Teil von Nordrhein-Westfalen. Ich bitte Sie daher, meine Damen und Herren, dass wir das dann auch gemeinsam verabschieden. Ich bitte Sie auch, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, der ganz deutlich macht, dass die Fraktionen im Bundestag aufgefördert werden, das Berlin/Bonn-Gesetz und die der Bundesstadt Bonn und Nordrhein-Westfalen gegebenen Zusagen einzuhalten und die Mitglieder der Bundesregierung aufzufordern, alle Aktivitäten zu unterlassen, die dem Berlin/Bonn-Gesetz zuwiderlaufen.

Da, meine Damen und Herren von CDU und FDP, sind Sie jetzt gerade in der Pflicht. Das ist Ihre Auf-

gabe; denn soweit ich weiß, regiert im Bund Schwarz-Gelb und nicht wir. Die Unterstützung der Landesregierung haben Sie. Sie hat immer für die Einhaltung des Berlin/Bonn-Gesetzes gestanden. Insofern hoffe ich, dass wir den Antrag heute am Ende gemeinsam mit dem Änderungsantrag verabschieden können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sehr gut!)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Abgeordnete Becker das Wort.

**Horst Becker (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal will ich deutlich darauf hinweisen, dass wir uns heute an dieser Stelle dafür aussprechen, dass ein Gesetz eingehalten wird! Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit und richtet sich nicht gegen Berlin.

Es richtet sich auch deswegen nicht gegen Berlin, weil dieses Land, diese Republik für Berlin in den Jahren der Teilung, in den Jahren nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten erhebliche finanzielle Lasten und erhebliche Solidarität geleistet hat, dies auch heute, in der Zeit der Hauptstadt, noch leistet und auch weiter leisten wird.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wichtig ist auch, darauf hinzuweisen, dass es damals einen Umzugsbeschluss im Bundestag gegeben hat, der in einer denkwürdigen Debatte nach vielen, vielen Stunden zustande gekommen ist, mit einer Mehrheit von 18 Stimmen, die es niemals gegeben hätte, wenn man damals gesagt hätte, dass man das, was man mit „fairer Arbeitsteilung“ im Antrag umschrieben hat, bereits nach wenigen Jahren – und geschichtlich sind es wenige Jahre – aufkündigen würde.

Ich finde, man muss an dieser Stelle auch ganz deutlich sagen: Die verschiedenen Ministerien, die verschiedenen Ministerinnen und Minister in den verschiedenen Farben und in den verschiedenen Konstellationen, die das immer wieder versucht haben, setzen sich über ein bestehendes Gesetz hinweg.

(Dr. Gerhard Papke [FDP] führt ein Gespräch mit Ministerin Löhrmann.)

– Herr Kollege, wollen Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ich wollte Ihnen nur applaudieren!)

Die setzen sich über ein bestehendes Gesetz hinweg. Und das ist aus der Sicht von Nordrhein-

Westfalen inakzeptabel – egal, wer es versucht, egal, wann es versucht wird.

(Beifall von den GRÜNEN und von der FDP – Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sehr gut!)

Lassen Sie mich ein Weiteres festhalten, weil es tatsächlich wichtig und richtig ist: Wenn wir uns an dieser Stelle nicht zusammen aufstellen und versuchen, tatsächlich auch zusammen Anträge zu gestalten und zu verabschieden, werden wir weiterhin erleben, dass ein zunehmender Teil der Republik kein Verständnis dafür hat, dass wir darauf bestehen, dass das, was uns zugesagt worden ist und was konstituierende Bedingung für den damaligen Beschluss war, auch eingehalten wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht um Peanuts: Es geht um rund 24.000 Menschen, die an den verbleibenden Arbeitsplätzen in den Ministerien hängen. Es ginge allein in Bonn um das Fünffache an Bürofläche, die leer stehen würde, wenn es heute einen Umzug gäbe. Es geht um eine Reihe von Verbänden und Institutionen, die weiter auf der Rutschbahn rutschen würden, wie es in Wahrheit in den letzten Jahren heimlich stattgefunden hat. Und es betrifft das gesamte Land, nicht nur das Rheinland.

Deswegen will ich an dieser Stelle sagen, dass wir aus meiner Sicht gemeinschaftlich einfordern müssen, dass das, was seinerzeit in der Debatte zum Umzugsbeschluss eine große Rolle spielte und über 150 Mal genannt worden ist, auch für uns in Anspruch genommen werden darf, nämlich „Glaubwürdigkeit“. Dieses Wort ist damals über 150 Mal in der Debatte genannt worden, und zwar in Bezug darauf, dass es glaubwürdig sei, wenn nach den Jahren der Teilung Berlin Regierungssitz werde.

Genauso zählt aus unserer Sicht zur Glaubwürdigkeit, dass ein Beschluss, der auf Grundlage einer „fairen Arbeitsteilung“ zustande gekommen ist, ebenso wie das dazugehörige Gesetz eingehalten werden muss. Nur wenn wir das zusammen vertreten – egal, gegenüber wem – und auch deutlich machen, dass auch das mit Glaubwürdigkeit zu tun hat, also mit etwas, was in dieser Republik an vielen Stellen verloren gegangen ist, können wir Erfolg haben.

Dann können wir in der Tat auch Erfolg in dem gemeinsamen Bemühen haben, dass ein neuer Zentralismus – übrigens weit über die Institutionen der Regierung hinaus – nicht weiter Platz greift; denn er wäre insgesamt schade und schlecht für das Land. Wer nach Paris schaut oder nach Frankreich, wer nach Madrid schaut oder nach Spanien, wer nach London schaut oder nach England, weiß, dass uns in Wahrheit viele um unsere föderalen Strukturen beneiden, die wir noch haben und die wir behalten und schützen sollten. – Schönen Dank zusammen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der FDP)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Die Linke hat Herr Abgeordnete Aggelidis das Wort.

**Michael Aggelidis (LINKE):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Linke weist alle Versuche zurück, Zusagen und Garantien zum Nachteil der Menschen in NRW und in Bonn zurückzunehmen. Sollte es tatsächlich zu einer Verlagerung des Verteidigungsministeriums kommen, wäre die Debatte um die Verlagerung aller noch in Bonn befindlichen Standorte neu eröffnet.

Ein Rutschbahneffekt droht. Als Bonner Abgeordneter erfüllt mich diese mögliche Entwicklung mit großer Sorge. Dies hätte nicht nur den Verlust der Arbeitsplätze der direkt in den Ministerien beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter zur Folge, sondern es betrifft auch die Arbeitsplätze der Zulieferer und Vertragspartner. Die Ökonomen hier im Hause wissen, dass aufgrund von regionalen Multiplikatoreffekten die Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft der Region noch um einiges größer wären.

Die Region und das Land können sich einen solchen Verlust an Arbeitsplätzen, Kaufkraft und Steuereinnahmen nicht leisten. Landesmittel, die dringender in den strukturschwachen Regionen gebraucht werden, müssten in die Region Bonn fließen.

Jegliche Änderung des Berlin/Bonn-Gesetzes und der darauf aufbauenden Beschlüsse darf im Sinne des Vertrauensschutzes im föderalen System nur im Konsens mit dem Land NRW vorgenommen werden. Sollten Ministerien verlagert werden, müsste der Bund dies finanziell kompensieren.

Als Linke sind wir jedoch keine Besitzstandswahrer und Strukturkonservative. Im Gegenteil: Wir wollen Veränderungen auf der Höhe der Zeit. Das gilt auch für die überkommenen Verhältnisse auf der Hardthöhe.

Erlauben Sie mir deshalb als Bonner eine abschließende Bemerkung zur Bundesstadt. Bonn hat sich in der letzten Dekade erfolgreich ein neues Profil als „Stadt der Vereinten Nationen“ gegeben. Mittlerweile arbeiten 18 Organisationen der Vereinten Nationen in Bonn. Ein sichtbares Symbol dieser Entwicklung ist auch der Bonner UN-Campus.

Die Vereinten Nationen repräsentieren seit ihrer Gründung im Jahre 1949 die Hoffnung der Menschheit auf eine friedliche Zukunft der Völker und Nationen. Als wichtiger Sitz der UN ist insbesondere Bonn der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet, in deren Präambel einleitend postuliert wird – ich erlaube mir zu zitieren –:

„Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der

Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat ... – haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken.“

Daher muss ich kritisch und in aller Deutlichkeit zu Protokoll geben: Die Tätigkeit des Bundesministeriums der Verteidigung in Bonn konterkariert das Friedensgebot der Vereinten Nationen. Es kann nicht oft genug daran erinnert werden: Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Bundeswehr gegen die Bundesrepublik Jugoslawien wurde 1999 im Verteidigungsministerium geplant. Auch der aktuelle Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan wird im Ministerium auf der Hardthöhe organisiert. Vermeintliche sogenannte Kollateralschäden wie die Bombardierung des Tanklastzuges in der Region Kundus, bei der über 100 unschuldige Zivilisten starben, werden hierbei letztlich billigend in Kauf genommen.

Wir sagen daher klipp und klar: Das Verteidigungsministerium muss schrittweise in eine Behörde für Rüstungskonversion, Friedensforschung und Abwicklung der Bundeswehr transformiert werden. Dort soll der Frieden geplant werden, nicht der Krieg.

(Beifall von der LINKEN)

In seiner jetzigen Form hat das Verteidigungsministerium keine Existenzberechtigung. Eine Transformation des Verteidigungsministeriums ist auch im Interesse der dort Beschäftigten. Sie können den Frieden organisieren und nicht den Krieg. Unsere Interessen verfolgen wir nicht am Hindukusch, sondern mit der Durchsetzung der Charta der Vereinten Nationen. Und das ist nur mit friedlichen Mitteln möglich. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.

**Dr. Angelica Schwall-Düren,** Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Tagen habe ich das „Vergnügen“, hier zu einem Punkt zu reden, bei dem die Fraktionen grundsätzlich und überwiegend einer Meinung sind.

Heute geht es um den Standort Bonn. Ich habe mich sehr gefreut, dass Herr Papke auf die wichtige Rolle Bonns in der demokratischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, auf die Rolle des Föderalismus als Wächter der Demokratie hingewiesen hat. Aber, Herr Papke, wir brauchen in diesem Zusammenhang nicht nur die Solidarität der Bundesländer, sondern wir brauchen auch die So-

lidarität des zuständigen Ministeriums und die Solidarität der Kollegen im Deutschen Bundestag.

Das Gutachten der Weise-Kommission zeigt, dass sich der zuständige Minister nicht klar von dem Vorschlag distanziert hat, den Ministeriumssitz in Bonn aufzugeben. Er hat sich nicht dazu geäußert, ob er sich an den Beschluss des Bundeskabinetts von Dezember 1996 gebunden fühlt, wonach maximal 25 % der Bediensteten am Zweitsitz eines Ministeriums in Berlin arbeiten sollen. Er hat auch nicht dazu Stellung bezogen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang ministerielle Arbeitsplätze künftig in Bonn verbleiben sollen.

CDU und FDP fordern die Landesregierung mit ihrem Antrag auf, hierfür einzutreten. Ministerpräsidentin Kraft hat sich bereits am 21. September in einem Brief an die Bundeskanzlerin gewandt und ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht, dass auf der Hardthöhe und an den anderen Bonner Standorten des Bundesverteidigungsministeriums im Zuge der geplanten Bundeswehrreform Dienstposten wegfallen oder nach Berlin verlagert werden können. Eine Antwort der Bundeskanzlerin steht bis heute aus. Das hilft den Menschen in Bonn nicht, ihnen ihre Besorgnis zu nehmen. Sie haben schon ausgeführt, welch großer Schlag es für die Menschen und ihre Familien wäre, wenn eine solche Verlagerung stattfinden und der vielfach angesprochene „Dominoeffekt“ eintreten würde.

Frau Hendricks hat zu Recht auf weitere Probleme in diesem Zusammenhang hingewiesen. Das Fusionsvorhaben zwischen GTZ, DED und Inwent macht mich sehr besorgt. Dies allerdings nicht im Grundsatz; denn wir stimmen dieser Fusion zu. Aber – Herr Hauser hat vorhin starke und eindeutige Worte eingefordert – wir verlangen bei der Fusion die eindeutige Klärung der Frage, dass Bonn als internationaler Standort Hauptsitz der zukünftigen GIZ sein wird.

(Beifall von der SPD)

Bisher liegt ein Formelkompromiss auf dem Tisch, der zudem vorsieht, dass der Finanzamtssitz nicht in Bonn sein wird und dass der Vorsitzende des Vorstandes in Eschborn sein soll. Ich meine, wir müssen unter diesen Umständen besorgt sein, dass es einen Rutschbahneffekt von Bonn in Richtung Eschborn geben wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich bitte alle Kollegen und Kolleginnen auch von CDU und FDP, auf die Minister im Kabinett, die die Interessen Bonns als Abgeordnete zu vertreten haben, einzuwirken, damit wir zu einer Regelung kommen, die den Standort Bonn nicht in Gefahr bringt.

Ich komme abschließend zurück zur Reform der Bundeswehr. Auch mit einem Umbau des Verteidigungsministeriums ist nicht zwingend verbunden,

dass die Bediensteten von Bonn abgezogen werden. Wir müssen und wollen noch einmal an die Kernpunkte des Berlin/Bonn-Gesetzes erinnern, die die Sicherung der Wahrnehmung der Regierungstätigkeit in Bonn vorsehen, die die Sicherung einer dauerhaften und fairen Arbeitsteilung – Sie haben es angesprochen – zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn vorsehen und die in gesetzlich bestimmten Politikbereichen den Erhalt und die Förderung politischer Funktionen in der Bundesstadt vorsehen, zu denen vor allen Dingen die Verteidigung zählt.

Ich bitte Sie alle, auf Ihrem Wege dazu beizutragen, dass wir hier nicht nur einen Beschluss in Richtung Landesregierung fassen. Fordern wir alle unsere Kollegen, die an entscheidender Stelle stehen, dazu auf, für die Einhaltung des Gesetzes zu sorgen! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Die antragstellenden Fraktionen CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag Drucksache 15/475 – Neudruck – seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe: Zuerst der Änderungsantrag!)

– Entschuldigung. Das war mein Fehler.

Wir stimmen zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linker **Drucksache 15/536** ab. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Linker und FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU **angenommen**.

Wir stimmen nun ab über den **Antrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 15/475 – Neudruck** – unter Einbeziehung der soeben beschlossenen Änderungen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag einstimmig **angenommen**.

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

#### 4 **Gesetz zur Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/484

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung. – Das Wort hat für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Dr. Romberg.

**Dr. Stefan Romberg**<sup>1)</sup> (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte darum, dass nach dieser wichtigen Abstimmung nun wieder Ruhe im Plenarsaal eintritt, Sie Ihre Plätze einnehmen oder den Plenarsaal verlassen.

Der Abgeordnete Dr. Romberg hat das Wort.

**Dr. Stefan Romberg**<sup>1)</sup> (FDP): Liebe Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich kann ja verstehen, dass manche bei dem Thema flüchten gehen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das könnte ja auch etwas mit Ihnen zu tun haben!)

wenn sie sich vorstellen, was es bedeutet, in einem Krankenzimmer von einer Kamera videoüberwacht zu werden, wenn man krank ist.

Wenn man sich mit diesem Thema beschäftigt, sollte man sich vielleicht auch einmal in die Patienten-sicht hineinversetzen. Ich nenne einmal ein paar Daten zu einem Patienten, der vielleicht in solch ein Behandlungszimmer eingeliefert worden ist

Da ist ein älterer Mann, Mitte 60, der vor einem halben Jahr seine Frau verloren hat, der jetzt alleine lebt, der seit einigen Monaten unter Schlafstörungen leidet, unter Unruhe und Ängsten und in den letzten Wochen den Eindruck hatte, dass vermehrt schwarze Autos vor seinem Grundstück stehen, die irgendetwas mit ihm zu tun haben, die ihn vielleicht überwachen. Vor einigen Wochen hat sich der Nachbar im Haus gegenüber im Baumarkt für seine Haustür eine Überwachungskamera zugelegt, die diesen Patienten noch mehr verunsichert hat. Der alte Mann fühlte sich überwacht, mittlerweile auch durch den Nachbarn. Er fühlte sich abgehört durch den Nachbarn. Er verschloss die Jalousien. Er aß kaum noch. Er hatte Sorge, dass vielleicht auch mit dem Essen etwas nicht in Ordnung ist und dass das mit den schwarzen Autos oder dem Nachbarn zu tun hat. Schließlich wurde dann auf Intervention seines Bruders, der ihn besuchte und den er zum Glück hereinließ, organisiert – er selbst hatte keine